

Allgemeinheit soll Straßenausbau finanzieren GNZ

26.10.2019

SPD Brachttal fordert weiterhin Abschaffung der Straßenbaubeiträge

Brachttal (re). SPD Brachttal fordert weiterhin die Abschaffung der Straßenbaubeiträge, obwohl im hessischen Landtag ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt wurde. Die Straßen gehörten der Allgemeinheit und der Ausbau müsse auch von dieser getragen werden. Entweder statte das Land die Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln aus oder es übernehme die Ausbaukosten. Die derzeitige Lösung entlaste die Bürger nicht, sondern erlaube nur eine Umverteilung.

Ein Großteil aller Straßen in Hessen und ebenso in der Gemeinde Brachttal seien sanierungsreif. Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Hessen planen, in welcher Ausführung und zu welchem Zeitpunkt

Straßen zu sanieren sind. Diese Entscheidungen erfolgen rein formell ohne Betrachtung des Verursacherprinzips nur zu Lasten von Grundstückseigentümern. Das bedeute in der Regel Straßenbaubeiträge in meist fünfstelliger Höhe, die völlig über die Leistungsfähigkeit der Grundstückseigentümer gehen würden. Dies sei ein scharfes Damoklesschwert der Gemeinde für jeden der Grundeigentümer vor allem im ländlichen Raum, wo oft hohe Kosten auf wenige Schultern verteilt werden.

Die aktuelle Option der schwarz-grünen hessischen Landesregierung zur Freistellung von Kommunen führe zu einer Ungleichbehandlung der Grundstückseigentümer und zu einer weiteren gravierenden Benachteiligung des ländlichen

Raums. Reiche Kommunen könnten ihre Straßenbaubeiträge abschaffen, finanzschwache oder verschuldete Kommunen dagegen nicht. Zu diesen zähle auch die Gemeinde Brachttal. Es dürfe nicht sein, dass ausschließlich Grundbesitzer zur Kasse gebeten werden, und das unabhängig von Alter und Einkommen. Die SPD Brachttal sagt hierzu: „Die Straßen gehören der Allgemeinheit und müssen demzufolge auch von ihr bezahlt werden.“

In Bundesländern, die seit Jahrzehnten vom Länderfinanzausgleich profitieren, seien Straßenbaubeiträge bereits abgeschafft oder erlassen worden. Der Länderfinanzausgleich habe im Jahr 2018 eine Rekordsumme von circa 11,5 Milliarden Euro erreicht. Hessen sei mit 1,6 Milliarden Euro der dritt-

größte Zahler nach Bayern mit 6,7 Milliarden Euro und Baden-Württemberg mit 3,1 Milliarden Euro. Allein Berlin erhielt daraus 4,4 Milliarden Euro. Im benachbarten Brandenburg seien im Juni die Straßenbaubeiträge abgeschafft und über Landesmittel finanziert worden.

Die SPD Brachttal unterstützte deshalb nachdrücklich den Antrag der Landes-SPD und fordert weiter die schwarz-grüne Landesregierung auf, dafür zu sorgen, dass nicht mehr durch hessische Mittel aus dem Länderfinanzausgleich Straßenbaubeiträge in anderen Bundesländern erlassen werden können, sondern dass in Hessen die Straßenbaubeiträge abgeschafft und zukünftig durch das Land refinanziert werden.